

Solidarische Partnerschaften

60 Jahre Engagement von Brot für alle

Wie sauber ist saubere Energie?

S. 5

Menschenrechte in der Textilindustrie

S. 14



BROT FÜR ALLE

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Es gibt keine deutlichere Konstante auf dieser Erde als die Veränderung. Sie bewegt alles Leben: Ein Baum wandelt sich mit den Jahreszeiten, ein Mensch mit dem Alter und unsere Ansichten mit neuen Erkenntnissen und Erfahrungen.

So zeigt uns etwa die Klimakrise die Notwendigkeit der Veränderung gerade sehr deutlich auf. Und auch die neuesten Erkenntnisse über abnehmende Biodiversität oder die Degradation von Böden verdeutlichen, dass es nicht weitergehen kann wie bisher.

Angesichts dieser Herausforderungen geht nun auch *Brot für alle* einen Schritt weiter. Ab nächstem Jahr werden wir als HEKS in neuem Kleid erscheinen. Als grosse Organisation können wir mit starker Stimme im Süden wie in der Schweiz Gerechtigkeit einfordern und haben mehr Möglichkeiten, Menschen im Kampf für ein Leben in Würde zu unterstützen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen in diesem letzten Perspektiven-Heft dafür, dass Sie sich all die Jahre zusammen mit uns engagiert haben. Gleichzeitig lade ich Sie dazu ein, mit uns den Schritt in eine neue Ära zu gehen. Auch wenn *Brot für alle* künftig ein Teil des fusionierten HEKS sein wird und Sie im neuen Heft «handeln» über uns lesen werden: Unsere grundlegenden Anliegen und unser Engagement bleiben dieselben.



Bernard DuPasquier
Geschäftsführer *Brot für alle*

- Politikum
- 5 **Wie sauber ist saubere Energie?**
- Südsicht
- 8 **Geld, Engagement und Erfahrungen**
- Im Wandel
- 9 **Lokale Netzwerke stärken**
- Dossier
- 10 **Solidarische Partnerschaften**
- 13 **Gescheitertes Agro-Investment**
- 14 **Fortschritte in der Textilbranche**

Die Stiftung Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS) und die Stiftung Brot für alle haben fusioniert. Der Name der fusionierten Stiftung lautet: Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (HEKS). Die Fusion wird mit Eintragung im Handelsregister rechtskräftig. Die vorliegende Aktivität ist Teil des Programms des Hilfswerks der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (HEKS).

Impressum

Herausgeber: Brot für alle
Redaktion: Gabriela Neuhaus (gn), Daniel Tillmanns (dt)
Korrektur: 1-2-fehlerfrei
Gestaltung und Realisation: Crafft AG, Zürich
Bildbearbeitung: Schellenberg Druck AG, Pfäffikon
Druck: Druckerei Kyburz AG, Dielsdorf
Auflage: 33 600 DE, 9500 FR
Erscheinung: Viermal jährlich
Preis: CHF 5.– pro Spender/in werden für das Abonnement verwendet
Kontakt: Brot für alle, perspektiven@bfa-ppp.ch, 031 380 65 65



Klimademonstration im Herbst 2019 in Bern: Noch zu wenige Menschen haben begriffen, dass die drohende Klimakatastrophe alle betrifft und dass jetzt Zeit ist, zu handeln.

«Wir müssen Weichen stellen»

Die Klima-Allianz Schweiz hat aus der Abstimmungs-niederlage zum CO₂-Gesetz ihre Lehren gezogen. Wie es weitergeht, erklärt der Geschäftsleiter Christian Lüthi im Gespräch mit *Brot für alle*.

Was ist das Fazit der Klima-Allianz sechs Monate nach dem Nein zum CO₂-Gesetz?

Die Dringlichkeit des Klimaschutzes ist bei der Mehrheit der Bevölkerung noch nicht angekommen. Diese Feststellung war eine grosse Enttäuschung und hat uns gezeigt, dass es eine noch stärkere zielgruppenorientierte Kommunikation unserer über hundert Organisationen braucht.

Welche Zielgruppen stehen im Fokus?

Mit dem neu geschaffenen Prix Climat für Bäuerinnen und Bauern wollen wir zeigen, dass eine klimagerechte Landwirtschaft möglich ist,

dass es sie schon gibt und dass wir gemeinsam Lösungen finden müssen.

Wichtig sind aber auch die Zielgruppen unserer kirchlichen Mitglieder, die in der Mitte der Gesellschaft stehen. Nicht zuletzt dank ihrem Engagement hat die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) bei der Bevölkerung eine Mehrheit erzielt. Beim CO₂-Gesetz waren die kirchlichen Organisationen weniger präsent, vielleicht auch als Folge der heftigen Kritik im Zusammenhang mit der KVI. Dies zeigt: Wenn sich die NGO in ihrem Engagement beschränken lassen, kann dies grossen Einfluss haben.

Was für Schwerpunkte setzt die Allianz?

Nach dem Scheitern des CO₂-Gesetzes auf nationaler Ebene gewinnen klimarelevante Abstimmungen in Gemeinden und Kantonen an Bedeutung. Ein ermutigendes Beispiel ist der Kanton Glarus, der zwar das CO₂-Gesetz mit 60 Prozent Neinstimmen abgelehnt und dennoch wenige Monate später ein Gesetz verabschiedet hat, das Ölheizungen verbietet. Wenn sich das Glarnerwunder in anderen Kantonen wiederholen lässt, können wir viel bewegen.

Wir bereiten zudem ein Rating vor, das den Stand der Klimapolitik in den Kantonen und Gemeinden bewertet und Vergleiche ermöglicht. Geprüft wird auch die Lancierung einer Volksinitiative für einen klimafreundlichen Finanzplatz. Die Schweiz als kleines reiches Land hat mit seinem bedeutenden Finanzplatz einen grossen Hebel, um einen Beitrag zur Umlenkung der Finanzflüsse weg von den fossilen Energien hin zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft zu leisten.

Wo steht die Schweizer Klimapolitik im internationalen Vergleich?

Wir haben in der Schweiz die Selbstwahrnehmung, dass wir in Bezug auf Umweltschutz fortschrittlich sind, und übertragen das gerne auch auf den Klimaschutz. Wenn wir aber genau hinschauen, bilden wir mit unserem Klima-Fussabdruck eher das Schlusslicht.

Wir müssen im Inland auf Netto-Null kommen und zusätzlich Unterstützung im Ausland leisten. Als einer der grössten Profiteure der fossilen Energienutzung stehen wir in der Verantwortung, uns auch an der Schadensbegrenzung im Süden zu beteiligen.

Woher nehmen Sie die Motivation für Ihr unentwegtes Engagement?

Das Einstehen für den Erhalt der Lebensgrundlagen macht für mich Sinn, auch wenn sich die Klimakrise nur noch abmildern lässt. Ich habe nicht immer Hoffnung, doch ich habe die Gewissheit, mit meinem Engagement für eine verantwortungsvolle Klimapolitik das Richtige zu tun, sowohl für mich und meine Nichten und Neffen als auch für alle Menschen und Lebewesen auf unserem Planeten.

— Interview: Gabriela Neuhaus

70%

der Nahrungsmittel werden von kleinen und mittleren Bäuerinnen und Bauern erzeugt, die weniger als 25 Prozent des Agrarlandes bewirtschaften.

www.bit.ly/grain_hungry-for-land

Klimawandel

Wandern fürs Klima

Der Verein Klimaschutz initiierte im September einen Wandertag, an dem Aktivistinnen und Aktivisten in der ganzen Schweiz auf die Gefahren und Folgen des Klimawandels aufmerksam machten. Mit von der Partie war auch *Brot für alle*, die gemeinsam mit weiteren Organisationen bereits zum dritten Mal eine Gletscher-Gedenkfeier organisierte: Am Fuss des Basadino-Gletschers (TI), der seit Beginn der Industrialisierung bereits 80 Prozent seiner Eismasse verloren hat, warnte der Glaziologe Giovanni Kappenberger, dass es bis ins Jahr 2100 in der Schweiz gerade noch ein Dutzend stark geschrumpfter Restgletscher geben werde, falls es nicht gelinge, den Temperaturanstieg einzudämmen. www.klimaschutz-schweiz.ch



«Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, können das Gesicht dieser Welt verändern.»

Afrikanisches Sprichwort



Konzernverantwortung

Gelenkte Gewinne

Ein Drittel des Welthandels wird heute innerhalb von Konzernen und nicht mehr zwischen unabhängigen Firmen abgewickelt. So können multinationale Unternehmen ihre Gewinne in Steuerparadiese verschieben, wie eine Studie von *Brot für alle*, Alliance Sud und dem deutschen Netzwerk Steuergerechtigkeit am Beispiel des Agrarkonzerns Socfin zeigt: Während der durchschnittliche Gewinn pro Mitarbeiter:in in Afrika 2020 rund 1600 Euro betrug, waren es in der Schweiz 116 000 Euro. www.breadforall.ch/socfin_21_report

Ernährungssysteme

Gipfel und Gegengipfel

Der UNO-Welternährungsgipfel vom 23. September 2021 versprach einen grundlegenden Wandel. Bäuerinnen, Umweltaktivisten, Wissenschaftlerinnen und Menschenrechtsorganisationen, die sich seit Jahren für gerechte und nachhaltige Ernährungssysteme engagieren, waren jedoch nicht eingeladen. Unter dem Motto «Bauern, nicht Konzerne ernähren die Welt» organisierten sie einen Gegengipfel, den auch *Brot für alle* unterstützt hat. Dort standen Themen wie Agrarökologie oder Ernährungssouveränität im Zentrum, der offizielle Gipfel fokussierte auf technische Lösungen. www.peoplessummit.foodsov.org



Good News

Bio weltweit im Aufschwung

Sowohl die Nachfrage nach Bioprodukten wie auch die biologisch angebaute Landwirtschaftsfläche wächst langsam, aber stetig. Laut dem statistischen Jahrbuch zum Biolandbau gab es Ende 2019 weltweit 3,1 Millionen Bioproduzent:innen. Die meisten von ihnen arbeiten in Indien (1,3 Millionen), gefolgt von Uganda und Äthiopien. Die grössten Märkte für Bioprodukte sind die USA, darauf folgen Deutschland und Frankreich. Konsumierende in Dänemark und in der Schweiz geben am meisten für Biolebensmittel aus. Mit 12,1 Prozent hat Dänemark den höchsten Marktanteil an Biolebensmitteln. www.bit.ly/fibl_biolandbau



Wie sauber ist saubere Energie?



Die Nickelmine Weda Bay auf der Insel Halmahera im Osten Indonesiens bedroht die lokale Bevölkerung ebenso wie die geschützte Natur.

Die indonesische Umweltorganisation Walhi setzt sich dafür ein, dass Gesetze und Regulierungen zum Schutz der Umwelt und der Rechte der lokalen Bevölkerung in der Nickelindustrie eingehalten werden. *Brot für alle* unterstützt sie dabei und fordert Massnahmen auch im globalen Norden:

- Elektrofahrzeug- und Batteriehersteller müssen ihre Sorgfaltspflicht entlang der gesamten Lieferkette wahrnehmen.
- Die Politik soll Anreize und Regulationen schaffen, damit Batterien lange genutzt und anschliessend recycelt werden.
- Eine generelle Reduktion des Fahrzeugbestands begrenzt den Rohstoffbedarf. Voraussetzung dafür sind Veränderungen beim Mobilitätsverhalten, etwa durch vermehrte Förderung von Veloverkehr oder Carpooling.

www.sehen-und-handeln.ch/batterie

Der Umstieg auf saubere Energien ist unabhängig, wenn wir die Klimaziele erreichen wollen. Dabei entstehen jedoch neue Risiken für die Umwelt und die lokale Bevölkerung, wie eine Untersuchung zur indonesischen Nickelindustrie deutlich macht. Die Nachfrage nach Nickel ist neuerdings auch wegen des exponentiell wachsenden Rohstoffbedarfs für Batterien von Elektrofahrzeugen weiter angestiegen.

Nickelabbau in Indonesien

«Das Wasser ist rot, trüb und vergiftet durch den Schlamm, den der Regen aus den Nickelminen schwemmt. Fische sterben, Mangroven und Korallenriffe leiden unter den Ablagerungen. Die Fischer müssen jetzt immer weiter aufs Meer hinausfahren und sind dabei immer grösseren Gefahren ausgesetzt», berichten Küstenbewohner der Insel Sulawesi in einer neuen Feldstudie der indonesischen Umweltorganisation Walhi. Die Partnerorganisation von *Brot für alle* untersucht darin die Auswirkungen des Nickelabbaus auf Umwelt und Menschen in den Küstengebieten, wo der Rohstoff gewonnen wird.

Indonesien ist der weltweit wichtigste Produzent von Nickel. Ein Grossteil des Rohstoffs wird für die Herstellung von Stahl sowie für Elektrofahrzeugbatterien nach China exportiert. Um das Wirtschaftswachstum zu fördern, hat der indonesische Staat neue Gesetze für den Rohstoffsektor erlassen. Gemäss Walhi werden dabei aber gleichzeitig wichtige Rechte der lokalen Bevölkerung beeinträchtigt, etwa das Recht auf Konsultation bei Projekten, die ihre Lebensgrundlagen betreffen.

Schlamm und Staub

«Massnahmen zur Bewältigung der globalen Klimakrise sind dringend notwendig, aber sie dürfen nicht dazu führen, dass jenen Menschen neues Unrecht geschieht, die diese Krise am wenigsten verursacht haben», halten die Autoren der Studie fest.

Aufgrund eigener Beobachtungen und Interviews mit Einheimischen stellt Walhi zusätzlich zu den Schlammablagerungen weitere Schäden fest, die beim Nickelbergbau sowie bei der anschliessenden Verarbeitung und beim Transport des Rohstoffs entstehen. Dazu gehören nebst Umweltschäden durch den Bau zahlreicher Häfen für den Seetransport auch Probleme durch Staub- und Lärmemissionen. Während die einheimische Bevölkerung wegen des Strassenstaubs in der Trockenzeit vermehrt über Atembeschwerden klagt, leiden insbesondere Kleinkinder unter der andauernden Lärmbelastung durch den Minenbetrieb.

Gemäss der Studie fallen ausserdem grosse Mengen an teilweise giftigem Abfall an, der entsorgt werden muss. Dank dem langjährigen Engagement lokaler Umweltorganisationen wie Walhi geschieht dies nun zumindest nicht mehr unreguliert ins Meer.



Karin Mader arbeitet bei *Brot für alle* als Fachexpertin für Wirtschaft und Menschenrechte.

Gemeinsam gegen Landgrabbing

Mit der Bauerngewerkschaft Synergie Paysanne verbindet *Brot für alle* eine langjährige Partnerschaft. Diese hat sich im Lauf der Zeit stark verändert.



Die Bauerngewerkschaft Synpa und *Brot für alle* engagieren sich in Benin gemeinsam für die Rechte der Bäuerinnen und Bauern.

Landgrabbing wurde ab 2008 weltweit zu einem bekannten Begriff, als Land in Folge der Nahrungsmittelkrise zu einem begehrten Investitions- und Spekulationsobjekt mutierte. Die Bauernfamilien in Afrika bekamen den Hunger auf ihr Land besonders zu spüren – und wurden dadurch ihrerseits von Hunger bedroht. Da sich *Brot für alle* seit je für dauerhafte und strukturelle Veränderungen im Kampf gegen Hunger und Ungerechtigkeit einsetzt, lag es auf der Hand, dieses Problem anzupacken.

Ein gemeinsamer Partner brachte *Brot für alle* mit der beninischen Bauerngewerkschaft Synergie Paysanne (Synpa) in Kontakt, die im Jahr 2002 gegründet worden war. So begann im Jahr 2009 eine Partnerschaft, die bis heute Bestand hat. Im Rahmen des ersten Projekts, das *Brot für alle* unterstützte, untersuchte Synpa das Ausmass des Landgrabblings in Benin und dessen Auswirkungen auf die ländliche Bevölkerung. Der Bauerngewerkschaft gelang es, Politik und Öffentlichkeit in Benin zu sensibilisieren und politische Vorstösse einzureichen, die das Landgrabbing in Benin einschränkten.

Es braucht einen langen Atem

Die Arbeit von Synpa dient vielen Ländern und Bauernorganisationen der Region als Vorbild und Inspiration. Gleichzeitig kann *Brot für alle* mithilfe der konkreten Beispiele aus Benin in der Schweiz den Handlungsbedarf aufzeigen. Der regelmässige Austausch mit der Partnerorganisation hilft beiden Organisationen, ihre jeweiligen Standpunkte und Strategien zu überprüfen und zu erarbeiten. Synpa konzentriert sich nicht nur auf die Gesetze, sondern auch auf deren Umsetzung. So begleitet die Bauerngewerkschaft seit mehreren Jahren ausgewählte Fälle von Landgrabbing und unterstützt betroffene Gemeinden mit Beratung, Anwälten, Lobby- und Medienarbeit. Konkrete Beispiele zeigen, dass Recht umgesetzt werden kann, es



Mitglieder der Bauerngewerkschaft Synpa unterstützten die Dorfgemeinschaft von Gbawété im Kampf um ihre Rechte. Mit Erfolg: 2020 konnten sie endlich auf ihr Land zurückkehren, von dem sie vor Jahren vertrieben worden waren.

braucht dafür aber einen langen Atem. So bauten etwa die Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes Gbawété seit Generationen auf mehr als 200 Hektar Lebensmittel an. Vor sechzehn Jahren liess ein mächtiger Politiker sie von ihrem Land vertreiben, um Palmöl anzubauen. Er hatte den Boden illegal erworben. Um zu überleben, waren die Familien gezwungen, ihre Lebensmittel am Strassenrand anzubauen. Mit Hilfe von Synpa konnten sie sich schliesslich vor Gericht erfolgreich verteidigen und 2020 endlich auf ihr Land zurückkehren. Nun führen sie wieder ein würdiges Leben.

Wachstum und Veränderung

Die Partnerschaft zwischen *Brot für alle* und Synpa ist über die Jahre gewachsen und hat sich verändert. Dass sich beide Organisationen zusätzlich mit weiteren Themen befassen, hat den gegenseitigen Austausch bereichert. So engagieren sie sich zum Beispiel gemeinsam für das Recht auf Saatgut und die Umsetzung der UNO-Deklaration über die Rechte der Bäuerin-

nen und Bauern. Es gab Momente mit sehr intensivem Austausch und Zeiten mit weniger Kontakt. Vor etwa vier Jahren machte Synpa eine institutionelle Krise durch. Während sich in dieser Zeit einige Nordpartner zurückzogen, unterstützte *Brot für alle* die Gewerkschaft in ihrem Reformprozess. Diese ging gestärkt daraus hervor: Sie hat ein kompetentes Sekretariat aufgebaut und arbeitet gleichzeitig dezentral, um näher an der Basis zu sein. Heute zählt Synpa rund 3000 Mitglieder, Tendenz steigend. Zudem gelang es ihr, neue Nordpartner zu gewinnen. Auch *Brot für alle* wird sich durch die bevorstehende Fusion wandeln. Die langjährige Partnerschaft zwischen den beiden Organisationen wird sich auch im neuen Rahmen weiterentwickeln.

— Ester Wolf



Mit ihrer Spende helfen Sie mit, Menschen im Kampf um ihre Rechte zu unterstützen.
PC-40-984-9

«Geld, Engagement und Erfahrungen»

Brot für alle wurde vor 60 Jahren gegründet, Grain vor 30 Jahren. Für Henk Hobbelink und Miges Baumann ein Anlass, über gemeinsame und unterschiedliche Erfahrungen nachzudenken.

MB: *Brot für alle* beschäftigte sich bereits in den 1960er Jahren mit dem Problem des Hungers in der Welt. Die grösseren Zusammenhänge rückten erst nach und nach in den Fokus: das Recht auf Nahrung und die Ernährungssouveränität.

HH: Grain machte eine ähnliche Erfahrung. Zu Beginn konzentrierten wir uns auf das Thema Saatgut. Wir waren besorgt über den Verlust der Sortenvielfalt und die zunehmende Kontrolle der Konzerne. Bei der Zusammenarbeit mit Partnern im globalen Süden stellten wir aber fest, dass für sie auch andere Themen wichtig sind: Zugang zu Land und Märkten, die Konzentration von Unternehmen im Nahrungsmittelsektor und die Klimakrise. Was wir aus den Kämpfen der sozialen Bewegungen gelernt haben, ermöglicht es uns, relevant zu bleiben. Gleichzeitig gibt es immer die Frage des Zugangs zu Finanzmitteln.

MB: Geld erschwert die Beziehungen. Wir verstehen uns nicht in erster Linie als Geldgeber, sondern vielmehr als Verbündete. Wir unterstützen unsere Partner in den Kämpfen und Kampagnen, die wir in der Schweiz genauso wie sie in ihren Ländern führen.

HH: Die Beziehungen zu Geldgebern sind nicht immer einfach. Manchmal kollidieren ihre Prioritäten mit unseren, und manchmal versuchen sie, uns in Richtungen zu drängen, in die wir nicht gehen wollen. Mit *Brot für alle* konnten wir hingegen immer partnerschaftlich arbeiten. So beteiligten wir uns etwa gemeinsam an einem Bündnis gegen Landraub durch Palmölfirmer in Zentral- und Westafrika. Von solchen Synergieeffekten profitieren alle.

MB: Bei *Brot für alle* standen von Anfang an die Informationsarbeit und die Sensibilisierung der Bevölkerung in der Schweiz im Zentrum. Später kam gezielte Kampagnenarbeit hinzu. Schon in den 1970er Jahren haben wir mit politischen Stellungnahmen, zum Beispiel gegen Waffenexporte, starke Reaktionen ausgelöst. Heute verengt sich in vielen Teilen der

Welt der Spielraum für die Zivilgesellschaft. Die Konzerne verhalten sich immer aggressiver und drohen unseren Partnern mit Klagen. Das ist beunruhigend und kostet uns viel Zeit.

HH: Aber die Bewegungen wehren sich auch, zum Beispiel mit juristischen Klagen gegen Klimasünder. Das könnte helfen, auch in unseren Ländern Gesetze und Politiken durchzusetzen, die sich positiv auf die Situation im Süden auswirken.

Grain ist in all den Jahren seit seiner Gründung klein und autonom geblieben. Heute sind unsere 14 Mitarbeitenden über die ganze Welt verteilt. Die Entwicklung von *Brot für alle* geht in eine andere Richtung: Durch die Fusion mit HEKS werdet ihr Teil einer grossen Organisation, die wahrscheinlich weniger agil ist. Ein Risiko?

MB: Ich glaube, dass Veränderungen in der Schweiz, die Kampagnenarbeit und die Sensibilisierung weiterhin entscheidend bleiben. Wir haben gelernt, dass wir Beharrlichkeit brauchen und sich in der Schweiz oft nur durch Druck von aussen etwas bewegt. Beispiele dafür sind die Abschaffung des Bankgeheimnisses, die obligatorische Sorgfaltspflicht für Unternehmen oder Verbesserungen in Bezug auf die Steuergerechtigkeit.

HH: Bei Grain versuchen wir, die Kämpfe der sozialen Bewegungen zu stärken, indem wir den Aufbau von Netzwerken und Kooperationen unterstützen und so internationalen Druck aufbauen. In unserer Analyse zeigen wir auch die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Themen und Problemen auf und wie dabei die Kontrolle durch Unternehmen oft der gemeinsame Faktor ist.

MB: Ja, Grain hat sehr eindrucksvoll aufgezeigt, wie die Klimakrise mit der industriellen Landwirtschaft zusammenhängt und dass Kleinbauern einen grossen Beitrag zur Abkühlung des Planeten leisten. Damit hat Grain ein entscheidendes Element in den Kampf gegen die Klimakrise eingebracht.



Miges Baumann war 1990 bei der Gründung von Grain dabei. Bei *Brot für alle* hat er mit der Organisation eng zusammengearbeitet.



Henk Hobbelink ist Agronom und Initiant von Grain. Als deren Koordinator ist er heute mitverantwortlich für die Finanzierung und die Entwicklung der Organisation.

Lokale Netzwerke stärken

Der Dorfpfarrer Ueli Bukies will mit dem Aufbau von Netzwerken von Konsumierenden und Produzierenden dazu beitragen, die Gräben zwischen Stadt und Land zu schliessen.

«Im Umkreis von 25 Kilometern rund um Walperswil kann ich etwa 20 verschiedene lokal und biologisch produzierte Käsesorten einkaufen. Das vielfältige Angebot reicht vom Blauschimmelkäse über den Camembert, Brie, Ziegen- und Schafskäse bis zum Gruyère», schwärmt Ueli Bukies, um gleich zu relativieren: «Jede der umliegenden Käsereien stellt mir eine Käseplatte mit bis zu 100 verschiedenen Sorten aus ganz Europa innert einer halben Stunde zusammen. Möchte ich hingegen alle 20 regionalen Biokäsesorten auf meiner Platte haben, wird daraus ein Tagesprojekt.» Der 63-jährige gebürtige Westfale, der sein Studium in der Schweiz absolviert hat, ist seit drei Jahren Dorfpfarrer in der kleinen Bauerngemeinde Walperswil im Berner Seeland. Davor hat er im Aargau, in Basel, Biel und im westafrikanischen Benin gelebt und gearbeitet.

Bio aus der Region

Vom Sitzplatz des historischen Pfarrhauses, wo er mit seiner Frau wohnt, schweift der Blick über weitläufige Acker- und Weideflächen bis hin zu den Alpen. Ueli Bukies würde es befürworten, wenn diese weniger intensiv bewirtschaftet wären. Ihm liegt das Thema nachhaltige Landwirtschaft seit längerem sehr am Herzen. Deshalb befürwortete er sowohl die Pestizid- wie auch die Trinkwasserinitiative, über welche die Stimmberechtigten in der Schweiz diesen Juni abgestimmt haben. Zur Mehrheit gehörte er in Walperswil mit seinen Ansichten allerdings nicht. «Viele Bäuerinnen und Bauern hatten Angst um ihre Existenz», weiss Bukies. Was ihn an der Debatte jedoch gestört hat, war die starke Polarisierung.

Dass sich 40 Prozent des Stimmvolks für eine biologische Landwirtschaft ausgesprochen haben, wertet Bukies als Erfolg. Nun müsse allerdings der enorme Widerspruch zwi-



Ueli Bukies, Dorfpfarrer in der Seeländer Gemeinde Walperswil, engagiert sich für eine nachhaltige Landwirtschaft, auch als Brücke zwischen Stadt und Land.

schen Stimmverhalten und Realität beseitigt werden. «Der Anteil an Biobiolebensmitteln in der Schweiz beträgt nur elf Prozent», wirft er ein und findet: «Eine regionale, aber ökologischere Landwirtschaft hat ihren Preis. Wir müssen uns fragen, was uns der Wandel wert ist. Dabei zeigen nicht unsere ausgefüllten Stimmzettel, sondern unsere gefüllten Einkaufstaschen, was wir wirklich wollen.» Für ihn gibt es diesbezüglich nur einen Ausweg: «Damit mehr Bio regional und fair produziert wird, müssen Konsumentende und Produzierende näher zueinander rücken.»

Lokale Wertschöpfungsketten

Mit diesem Anliegen hat sich Ueli Bukies der Zukunftswerkstatt im benachbarten Täuffelen-Gerolfingen angeschlossen. Mit Gleichgesinnten arbeitet er nun an einem lokalen Einkaufsführer. Dieser soll Konsumentinnen und Konsumenten aufzeigen, wo sie in

ihrer Nähe nachhaltige Produkte einkaufen können. Ziel ist, dass in der Region Netzwerke von Konsumierenden und lokalen Wertschöpfungsketten entstehen. «Damit das Zusammenstellen einer lokal produzierten Biokäseplatte nicht länger ein Tagesprojekt bleibt», sagt Ueli Bukies und ergänzt: «Wenn unser Geld vermehrt direkt den Bäuerinnen und Bauern zugutekommt, die sich vor Ort für eine ökologische Landwirtschaft engagieren, gewinnen wir doppelt – neben der Landwirtschaft auch fürs Klima.»

— Pascale Schnyder

Solidarische Partnerschaften



Am 1. Januar 2022 wird *Brot für alle* Teil der grossen Organisation «Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (HEKS)». – Ein Rückblick auf die vergangenen 60 Jahre zeigt: Solidarische Partnerschaften und politisches Engagement waren und sind bei der kleineren Entwicklungsorganisation untrennbar miteinander verknüpft.

Angefangen hat alles mit einer grossen Spendenaktion: 1961 initiierte Pfarrer Heinrich Hellstern, der damalige Leiter des HEKS, zusammen mit Hermann Witschi von der Basler Mission eine schweizweite Sammelkampagne. Deren Motto lautete: «Brot für Brüder». Das Geld, das im Rahmen dieser Aktion gespendet wurde – bis 1963 waren es rund 16 Millionen Franken – floss in aussereuropäische Entwicklungshilfeprojekte des HEKS und der evangelischen Mission.

Aus der einstigen Spendenaktion hat sich in den letzten sechs Jahrzehnten die entwicklungspolitische Organisation *Brot für alle* entwickelt. Deren Arbeit wird mit der Fusion nun zwar ins Hilfswerk der Evangelischen Kirche Schweiz (HEKS) integriert, doch die bereits in den Anfängen angelegte Stossrichtung bleibt. Der für heutige Ohren seltsam klingende Name «Brot für Brüder» wurde von den Gründervätern nämlich schon damals im Sinne eines entwicklungspolitischen Programms interpretiert: «Unter Brot verstehen wir alles, was der Mensch zu einem menschenwürdigen Leben braucht. (...) Mit den Brüdern meinen wir nicht etwa bloss Christen in den Entwicklungsländern, sondern auch die Nichtchristen. Ja, wir möchten unsere Mitchristen in Afrika und Asien mit unserer Hilfe in die Lage versetzen, dass sie ihren Volksgenossen, ob es nun Christen oder Nichtchristen seien, besser und wirksamer helfen können.»

Wechselnde Zeiten – gleiche Ziele

Damals, als das Frauenstimmrecht in der Schweiz noch in weiter Ferne lag, scheint sich auch niemand daran gestossen zu haben, dass bei den Brüdern die Schwestern bloss mitgemeint waren. Es dauerte 30 Jahre, bis die Organisation im Jahr 1991 endlich in *Brot für alle* umbenannt wurde. In dieser Zeit kam es auch auf dem internationalen Parkett zu einschneidenden Veränderungen. So kämpften Anfang der 1960er Jahre noch zahlreiche Länder des Südens gegen die Kolonialherrschaft – ein Kampf notabene, der sich heute, nach Erlangen der staatlichen Souveränität, auf anderen Ebenen fort-

setzt. Bei der Lektüre des Informationsmaterials zur ersten Sammelkampagne ist man erstaunt über dessen Aktualität: In der Broschüre aus dem Jahr 1961 werden etwa «die Folgen einer nur auf die wirtschaftlichen Interessen des Mutterlandes ausgerichteten Kolonialpolitik» angeprangert. An die Stelle der Kolonialmächte sind Wirtschaftsmächte nationaler und privatwirtschaftlicher Art getreten. Auch die weiteren Feststellungen in der Broschüre von damals gelten heute noch: «Die Einführung von Monokulturen (...) hat die Ernährungsbasis solcher Länder so schmal gemacht, dass eine ausreichende gemischte Nahrung kaum mehr gewährleistet ist. Ausserdem sind diese Länder der Willkür der ausserhalb ihrer Zuständigkeiten fixierten Weltmarktpreise für Rohstoffe ausgeliefert. Von diesen Zuständen profitieren allein die finanzstarken Völker Europas und Nordamerikas.»

Bereits damals war das Ziel, mit der Spendenaktion nicht bloss Nahrungsmittel und Nothilfe zu leisten, sondern die Menschen dahingehend zu stärken, dass sie ihre Situation selber verbessern und nachhaltig verändern können. Eine Haltung, die sich als roter Faden durch die Geschichte von *Brot für alle* zieht.

Engagement im Süden wie im Norden

Gestützt auf das Motto «Entwicklung heisst Befreiung» fokussierte man bei der Auswahl der Projekte im Süden von Anfang an darauf, die Situation der Ärmsten der Armen auch strukturell zu verbessern, mit dem Ziel, dass sie sich langfristig aus der Armut befreien können.

Basierend auf der Erkenntnis, dass Verbesserungen im Süden nur möglich sind bei entsprechenden Veränderungen im Norden, lancierte «Brot für Brüder» bereits Ende der 1960er Jahre, gemeinsam mit den ebenfalls entwicklungspolitisch engagierten Organisationen Fastenopfer und Swissaid, eine Informations- und Sensibilisierungskampagne in der Schweiz. Mit Slogans wie «Niemand hungert, weil wir zu viel essen, sondern weil wir zu wenig denken» oder «Die Schweiz gibt 180 Millionen für Entwicklungshilfe aus. Können wir uns so wenig leisten?» wurde auf die Zusammenhänge zwischen dem Wohlstand in der Schweiz und der Armut im Süden aufmerksam gemacht. Nach der ersten Kampagne schlossen sich weitere Hilfsorganisationen der Arbeitsgemeinschaft an, die seit 2005 unter dem Namen Alliance Sud für eine solidarische Schweizer Politik lobbyiert.

Ein weiteres Engagement, das sowohl Spendengelder für Projekte im Süden generierte wie der Sensibilisierung und Durchsetzung politischer Forderungen in der Schweiz diente, ist die Ökumenische Kampagne. Die reformierte Organisation *Brot für alle*, das katholische Hilfswerk Fastenopfer und das christkatholische «Partnersein» stellen dabei jedes Jahr während der Fastenzeit ein entwicklungspolitisch relevantes Thema wie Fair Trade, Recht auf Nahrung oder Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt. Grosse Beachtung findet dabei der seit 1973 erscheinende Fastenkalender, eine Mischung aus Meditation, Projektinformation und politischen Forderungen. >



RADD, eine Partnerorganisation von *Brot für alle* in Kamerun, engagiert sich im Netzwerk gegen Gewalt auf Plantagen.

Partnerschaften und Netzwerke

Im Lauf der Zeit etablierte *Brot für alle* zahlreiche Projektpartnerschaften mit Organisationen im Süden, die sich alle – wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten – für mehr Gerechtigkeit und eine Verbesserung der Lebensumstände von in prekären Verhältnissen lebenden Menschen einsetzen. Dazu gehören zum Beispiel die Unterstützung von Kleinbäuerinnen und -bauern gegen die Bedrohung durch Landgrabbing, der Kampf gegen Hungerlöhne und gegen die Missachtung von Arbeits- und Sicherheitsstandards in der Textil- oder Elektrobranche sowie in jüngster Zeit zunehmend der Kampf gegen die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels. Um solche Probleme anzugehen, engagieren sich *Brot für alle* und ihre Partner vermehrt in Kooperationsgemeinschaften. Dadurch entsteht ein ebenso befruchtender wie wichtiger Austausch zwischen internationalen Netzwerken wie etwa der Bauerngewerkschaft Via Campesina oder Organisationen wie Electronics Watch oder der Fair Wear Foundation, wo sich *Brot für alle* konsequent für die Stärkung der Benachteiligten einsetzt – auch in der Schweiz, was manchen Politikern sowie Behördenmitgliedern hierzulande ein Dorn im Auge ist.

Aber auch das ist nicht neu: Bereits vor 50 Jahren gab es eine Strafanzeige, weil «Brot für Brüder» einen Flyer mitfinanzierte, der für die «Volksinitiative für vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot» warb. Die Klage wurde damals mit der Begründung abgewiesen, dass Hilfswerke auch eine gesellschaftskritische Aufgabe hätten. Eine Argumentationslinie, die bis heute von gewissen politischen Kreisen nicht akzeptiert wird – aber nichtsdestotrotz von zentraler Bedeutung bleibt: Die diesbezügliche Haltung und das Engagement von *Brot für alle* werden auch unter dem Dach des HEKS weiter vertreten sein, indem die neue Organisation in der Schweiz und international weiterhin eingreift und mitredet, sei dies in Bezug auf Klimagerechtigkeit, Ernährungssicherheit oder ganz grundsätzlich: Wenn es um die Einhaltung und Umsetzung der Menschenrechte geht – und das Recht auf ein menschenwürdiges Leben.

— Gabriela Neuhaus

60 Jahre Solidarität

- 1961 Erste Sammelaktion unter dem Namen «Brot für Brüder», um Geld für Entwicklungsprojekte von HEKS und dem SEMR (Schweizerischer Evangelischer Missionsrat) zu sammeln
- 1969 Erste grosse Informationskampagne «Leben ist für alle da», gemeinsam mit Fastenopfer und Swissaid
- 1970 Gründung Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke – heute Alliance Sud
- 1971 Erste Ökumenische Kampagne mit Fastenopfer unter dem Motto «Wir teilen für morgen»
- 1977 Gründung der Importstelle für Fair-Trade-Produkte OS3 AG – Hans Ott, Zentralsekretär von «Brot für Brüder», ist Gründungspräsident
- 1979 Erstausgabe von «Nouvelle Terre» in Zusammenarbeit mit Mission und Werken in der Westschweiz
- 1991 Namensanpassung: Aus «Brot für Brüder» wird *Brot für alle*.
- 1995 Die bisherige Aktion *Brot für alle* wird zum Verein
- 2011 Neues Leitbild: «Leidenschaft, Beharrlichkeit, Verbundenheit»
- 2016 Gründung des «Ateliers für den inneren Wandel» in Lausanne
- 2017 Mit Bfacracy gibt sich *Brot für alle* eine neue, organisch aufgebaute Organisationsform
- 2020 Die Synode der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz gibt grünes Licht für die Fusion von HEKS und *Brot für alle* per 1. Januar 2022

Gescheitertes Agro-Investment

Ein Genfer Milliardär wollte in Sierra Leone Ethanol für Europa produzieren. Die lokale Organisation Silnorf und *Brot für alle* engagierten sich gemeinsam für die betroffene Bevölkerung.



Wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit wechselte die Ethanol-Plantage von Addax bereits mehrmals die Hand.

«Grosse Aufregung in Makeni. Eine Schweizer Firma will Land für Agrotreibstoffe. Können wir was tun?» Der Hilferuf einer Mitarbeiterin des Kirchenrats von Sierra Leone erreicht *Brot für alle* 2009. Die Genfer Firma Addax Bioenergy will in der Region Makeni ungefähr 50 000 Hektar Land für eine Zuckerrohrplantage pachten, um Ethanol für den europäischen Markt zu produzieren.

In der Folge sucht *Brot für alle* vor Ort den Kontakt zur Organisation «Sierra Leone Network on the Right to Food» (Silnorf). Diese Kleinstorganisation besteht 2009 aus bloss einer Handvoll Aktivistinnen und Aktivisten, die nicht hinnehmen wollen, dass in einem Land, wo Hunger ein so grosses Problem ist, Zuckerrohr für europäische Autos angebaut wird.

Addax Bioenergy hingegen gibt sich als wirtschaftliches Entwicklungsprojekt. Für etwa die Hälfte der Investitionen erhält sie Kredite von verschiedenen – vor allem europäischen – Entwicklungsbanken. Da es sich dabei um öffentliche Institutionen handelt, können *Brot für alle* und ihre Verbündeten die Firmen an ihre Verpflichtungen erinnern.

Erfolgreiche Partnerschaft

2010 beginnt *Brot für alle* die Zusammenarbeit mit Silnorf. Gemeinsam beobachten und dokumentieren die beiden Organisationen die Situation mit Monitoringberichten. Das ist wichtig, um die Stimmen der Betroffenen zu stärken, die der Geschichte vom Vorzeigeprojekt Addax widersprechen, und

um in Verhandlungen mit der Firma konkrete Verbesserungen vor Ort zu erwirken.

Doch das Land bleibt bei Addax. Die Situation der Menschen vor Ort ist prekär, Hunger ein ständiges Thema. Es gibt viele Konflikte um Land und auch um Wasser. Der Pachtvertrag, den die traditionellen Chiefs mit der Firma abgeschlossen haben, erlaubt dem Unternehmen zum Beispiel, Bachläufe und Quellen zuzuschütten. Davon erfahren die Leute jedoch erst nach der Vertragsunterzeichnung.

Wechselnde Investoren

«Nur etwas Wirtschaftliches ist nachhaltig. Sonst sind wir in drei Jahren wieder weg», sagt ein Addax-Manager 2011 gegenüber der Fernsehsendung *Eco* im Schweizer Fernsehen. Vier Jahre später ist es so weit: 2015 stoppt Addax das Projekt, es folgt eine lange Periode der Ungewissheit. Für die Leute vor Ort verschlechtert sich die Situation weiter, nun haben sie weder Land noch Jobs.

2016 verkauft Addax das Projekt, 2019 verkauft die neue Investorin wieder. Heute gehört die Plantage mehrheitlich der srilankischen Browns Group, ein Viertel der Anteile ist aber immer noch im Besitz der Genfer Firma. Die Verträge sind immer noch die gleichen. Aber all die Versprechen für Schulen oder landwirtschaftliche Unterstützung, die Addax gemacht hat, sind nichts wert. Ein Chief sagt klar: «Keine Versprechungen wurden je eingehalten.» Und ein alter Mann meint: «Wir hatten Bäume und Früchte und so vieles mehr aus dem Wald. Jetzt ist alles leeres Land.» Silnorf kommt im neusten Monitoringbericht zum gleichen Schluss: «Die Monokulturen in Händen der grossen Firmen sind in keiner Weise nachhaltige Entwicklung.»

Darum setzt die Organisation ihre Arbeit fort. Seit 2009 ist Silnorf gewachsen und verfügt nun über ein viel grösseres Budget, um die Leute vor Ort zu unterstützen – nicht allein mit Beratung, sondern auch mit landwirtschaftlichen Projekten. Darum beendet *Brot für alle* ihre direkte Hilfe – andere zivilgesellschaftliche Organisationen sind dringender auf Unterstützung angewiesen. In vielen Netzwerken bleiben *Brot für alle* und Silnorf aber verbunden und werden in diesem Rahmen gemeinsam weiterkämpfen.

— Miges Baumann, Silva Lieberherr

Fortschritte in der Textilbranche

Seit über 20 Jahren kämpft die Fair Wear Foundation für bessere Arbeitsbedingungen in der Textilproduktion. *Brot für alle* hat die Organisation mitgeprägt und dabei viel gelernt.



In mehrtägigen Trainings übten Textilarbeiterinnen in Maynmar, wie sie im Dialog mit dem Management ihre Anliegen einbringen können.

1999 haben *Brot für alle* und Fastenopfer zusammen mit der Erklärung von Bern (heute Public Eye) in der Schweiz die Kampagne für faire Kleider (Clean Clothes Campaign) lanciert. Nach einer Pilotphase wurde 2003 zusätzlich eine Monitoring-Initiative gestartet. Dafür suchte man Firmen, die bereit waren, sich an einen Kodex für gute Arbeitsbedingungen bei der Kleiderherstellung (code of labour practice) zu halten. Die Kriterien und das Vorgehen hat die Initiative von der damals noch jungen Fair Wear Foundation (FWF) in Holland übernommen. Von Anfang an war das Ziel, die Schweizer Initiative später mit der holländischen zusammenzuführen. Bis es soweit war, brauchte es jedoch verschiedene Anläufe. In einem ersten Schritt musste die FWF umgebaut werden. Seit 2012 ist der Stiftungsrat nun international zusammengesetzt. Je zwei Vertretungen aus den Bereichen NGO, Gewerkschaften, Industrie sowie Handel bestimmen unter dem Vorsitz eines unabhängigen Präsidenten die Entwicklung der Organisation. Die gleichwertige Mitbestimmung der vier gesellschaftlichen Gruppen ist einzigartig in der Welt der sogenannten Multistakeholder-Initiativen. *Brot für alle* stellt bis Ende 2021 eine der zwei NGO Vertretungen.

Engagement vor Ort

Die Fair Wear Foundation ist kein Label. Der Unterschied: Statt einer Garantie, dass die Produktion bestimmten Vorgaben entspricht, arbeitet die FWF prozessorientiert. Ihre Mitglieder – Textilunternehmen und Markenfirmen – müssen die Vorgaben einhalten und sich kontinuierlich um Verbesserungen bemühen. Diese Anstrengungen werden von lokalen Teams der FWF jährlich evaluiert. Bei den Audits zur regelmässigen Überprüfung der Produktion in Ländern wie China, Bangladesch oder Rumänien werden nicht einfach in den Fabriken Listen abgehakt; die Arbeiterinnen geben den Teams zusätzlich ausserhalb des Arbeitsplatzes Auskunft über die Situation. Erst dadurch ergibt sich ein vollständiges Bild, auf dem die FWF die Vorgaben für verbindliche Verbesserungen in den jeweiligen Fabriken aufbaut.

Stärkung der Arbeitnehmenden

Nebst der Mitarbeit im Stiftungsrat unterstützte *Brot für alle* auch immer die Ausbildung von Arbeiterinnen direkt. Von anfänglich einfachen Kursen über Arbeitsrechte haben sich diese Programme immer weiterentwickelt. Heute wird die Arbeiter-



Die Arbeiterinnen werden von Expertinnen unterstützt, die mit der Fair Wear Foundation zusammenarbeiten und sie – wie hier in einer Textilfabrik in Bangladesch – über ihre Rechte aufklären.

schaft in mehrtägigen Trainings befähigt, mit dem Management in Dialog zu treten und ihre Anliegen einzubringen. Gerade dort, wo die Gewerkschaftsfreiheit eingeschränkt ist oder wo Gewerkschaften verboten sind, kommt diesem Dialog eine zentrale Rolle zu. Gleichzeitig setzen sich die Mitgliedsfirmen und die mit der FWF verbundenen lokalen NGO auch für Gewerkschaftsfreiheit ein. Während der Corona-Pandemie hat die FWF – unterstützt von *Brot für alle* – auch Möglichkeiten für Online-Trainings entwickelt.

Am Anfang dienten die Kernnormen der UNO-Arbeitsorganisation ILO der FWF als Grundlage für ihren «Kodex für faire Arbeitsbedingungen». Dazu gehörte als wichtiger Bestandteil auch stets eine unabhängige Hotline, über welche die Arbeiterinnen in den Produktionsfabriken Verstösse gegen den Kodex melden konnten. Die FWF überprüft solche Klagen gemeinsam mit ihren Mitgliedsfirmen, die in den betroffenen Fabriken Kleider beziehen, in einem aufwendigen Prozess. Diese verpflichten sich anschliessend, für konkrete Abhilfe zu sorgen.

Menschenrechte in der Arbeitswelt

Seit den frühen 2000er Jahren hat sich das Thema faire Kleiderherstellung von den rein arbeitsrechtlichen Normen der ILO hin zum breiteren Problemkreis Wirtschaft und Menschenrechte entwickelt. Die von der UNO verabschiedeten Leitprinzipien bildeten unter anderem die Basis für die Konzernverantwortungsinitiative in der Schweiz. Auch die OECD hat Normen für multinationale Unternehmen beschlossen und Richtlinien zur Sorgfaltspflicht und zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten in der Bekleidungs- und Schuhwarenindustrie verfasst. Zudem ist die EU daran, verbindliche Bestimmungen für faire Lieferketten zu verabschieden. Deutschland hat bereits ein neues Lieferkettengesetz eingeführt, das zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet.

Die FWF war in dieser Zeit nicht untätig und hat die zwingenden Anforderungen für ihre Mitglieder an die neue menschenrechtliche Gesetzgebung angepasst. In einem Pilotprojekt liess die FWF ihr ganzes System von der OECD evaluieren und hat

danach eine Policy zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht und einen risikobasierten Lieferketten-Zyklus aufgestellt. Sie gibt den Mitgliedsorganisationen in Webinaren und in individuellen Gesprächen Hilfestellungen, wie die neuen Vorgaben umgesetzt werden können. Die Überprüfung der Leistung von Markenfirmen wird in einem rundum erneuerten Prozess geregelt. «Damit ist die Fair Wear Foundation von einer auf ILO-Normen basierten Organisation zu einer Vorreiterin im Bereich Menschenrechte in der Arbeitswelt geworden», hält der FWF-Direktor Alexander Kohnstamm fest. *Brot für alle* ist überzeugt, dass diese Arbeit und die konkreten Erfahrungen der FWF auch im neuen HEKS weiterhin von grosser Bedeutung sind.



Miges Baumann, Entwicklungsexperte bei *Brot für alle*, ist seit 2012 als NGO-Vertreter Mitglied des Stiftungsrates der Fair Wear Foundation.

Die neue Organisation

***Brot für alle* und HEKS engagieren sich künftig mit vereinten Kräften für mehr Gerechtigkeit und die Zukunft unseres Planeten. Die neue Organisation fokussiert in ihren Projekten im Süden wie in der Schweiz auf die vier Schwerpunkte Klimagerechtigkeit, Recht auf Nahrung und Land, Flucht und Migration sowie Integration:**



Recht auf Land und auf Nahrung

HEKS setzt sich in seiner Programmarbeit dafür ein, dass Kleinbauern und -bäuerinnen und traditionelle Gemeinschaften wie indigene Familien oder Viehzüchterfamilien einen gesicherten Zugang zu Land, Wasser oder Saatgut haben. Sie sollen ihre traditionellen Wirtschaftsweisen beibehalten und ihr Land nachhaltig und ökologisch bewirtschaften können, um auch gegen klimatische Veränderungen gewappnet zu sein.

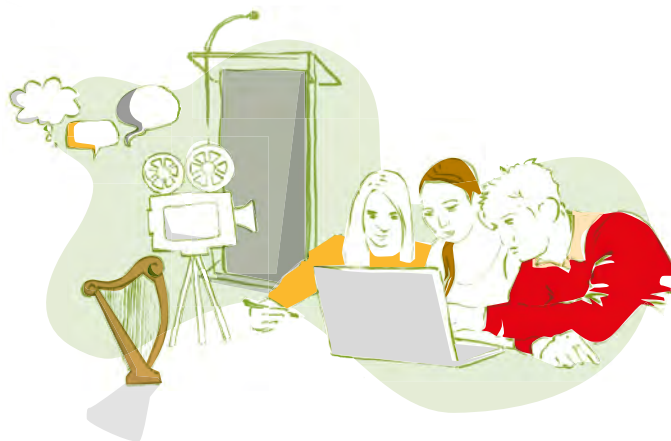
Auf internationaler Ebene macht sich HEKS dafür stark, dass grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung und auf Wasser respektiert und durchgesetzt werden und wegweisende UNO-Deklarationen wie die «Erklärung für die Rechte der Kleinbauern und -bäuerinnen» nicht bloss Absichtserklärungen bleiben.

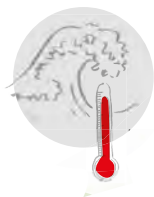


Integration

Mit rund 60 Projekten in 13 Kantonen setzt sich HEKS dafür ein, dass alle Menschen in der Schweiz am sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können. Schweizerinnen und Schweizer, die von Langzeitarbeitslosigkeit, einer Suchterkrankung oder einer anderen sozialen Einschränkung betroffen sind, Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete werden in den HEKS-Projekten dabei unterstützt, ein selbständiges Leben zu führen.

Im Ausland unterstützt HEKS benachteiligte Bevölkerungsgruppen dabei, ihre Rechte einzufordern. Dazu gehören etwa ihre Integration in Gesellschaft und Wirtschaft oder der Zugang zu Bildung, insbesondere für Mädchen und Frauen, Landlose, Konfliktbetroffene oder ethnische Minderheiten.

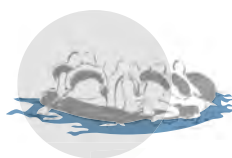




Klimagerechtigkeit

Die Hauptverantwortung für den Klimawandel und dessen Folgen tragen industrialisierte Länder. Deshalb fordert HEKS, dass jene Staaten, die über ihre Verhältnisse leben, am meisten für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel tun müssen.

HEKS unterstützt betroffene Menschen dabei, sich vor den negativen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, ihre Resilienz zu stärken und ihre natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen zu sichern und zu erhalten. Gleichzeitig bedeutet Klimagerechtigkeit aber auch, dass die Menschen im Norden in der Verantwortung stehen, ihren CO₂-Fussabdruck zu verringern. Deshalb setzt sich HEKS auch auf politischer Ebene für Klimagerechtigkeit ein und fordert auch für die Schweiz «Netto-Null bis 2040». Auf individueller Ebene bietet HEKS zusammen mit Fastenopfer (künftig Fastenaktion) die KlimaGespräche an, die Menschen auf dem Weg hin zu einem klimafreundlichen Lebensstil unterstützen.



Flucht und Migration

HEKS engagiert sich seit seiner Gründung im Jahr 1946 für Geflüchtete und Vertriebene. Heute übernimmt die Organisation in der Schweiz die juristische Vertretung und Beratung von Geflüchteten und Asylsuchenden und fördert die Partizipation von Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Leben. Im Ausland leistet HEKS humanitäre Hilfe für Menschen auf der Flucht und fördert die friedliche Koexistenz von Vertriebenen und der lokalen Bevölkerung. Weiter stärkt HEKS die Resilienz in Bezug auf den Klimawandel und engagiert sich auch in der Friedensarbeit.

Im Rahmen seines gesellschaftspolitischen Engagements setzt sich HEKS für eine menschenrechtskonforme und entwicklungsfördernde Asyl- und Migrationspolitik ein und verschafft den Anliegen von Geflüchteten sowie Migrantinnen und Migranten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Gehör.



Die Namen wechseln – das Engagement bleibt

Bald ist es soweit: Vom 2. März bis 17. April 2022 ist Kampagnenzeit! Neu heisst die Trägerschaft der Ökumenischen Kampagne HEKS und Fastenaktion – in Zusammenarbeit mit «Partner sein».

ÖKUMENISCHE
KAMPAGNE

In Zusammenarbeit
mit «Partner sein»



Fastenaktion



HEKS
Brot für alle.



Die Namen ändern, das Engagement bleibt: 2022 stellt die Ökumenische Kampagne erneut die Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt.

Die Folgen des Klimawandels sind akut: In Indonesien, Senegal und Kolumbien etwa wirken sich die Erwärmung der Ozeane, der Anstieg des Meeresspiegels und die Zunahme von Stürmen auf das Küstensystem aus. Das Salzwasser dringt ins Land und zerstört Felder und Ernten. Anhaltender Regen nimmt vielen Menschen Haus, Hof und manchmal auch das Leben.

Solche Beispiele aus den Projekten von Fastenaktion und HEKS zeigen: Die Klimaveränderung bedroht sowohl das Recht auf Nahrung wie das Recht auf ein Leben in Würde – der Menschen im Süden, aber auch künftiger Generationen, die nicht mehr dieselben Ressourcen zur Verfügung haben werden.

Projekte im Süden

Gemeinsam mit Partnerorganisationen im Süden setzen sich HEKS und Fastenaktion deshalb für die Förderung lokal produzierter,

erneuerbarer Energien ein. Der Zugang zu Land, Wald, Wasser, Saatgut und Wissen für die lokale Bevölkerung darf nicht behindert werden, die Standards für Menschenrechte und Umwelt müssen eingehalten werden. Zudem begleiten die Organisationen Bäuerinnen und Bauern im Süden mit agrarökologischen Ausbildungen, die eine Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel ermöglichen.

Engagement im Norden

Gemeinsam mit über hundert Organisationen beteiligen sich HEKS und Fastenaktion im Rahmen der Klima-Allianz an Kampagnen in der Schweiz. Der Ausstieg aus den fossilen Energien, der Abzug von Geldern aus Projekten, die sich an der Förderung und am Handel von Erdöl, Kohle und Erdgas beteiligen, und die Investition in erneuerbare Energien sind wichtige Forderungen. Sowohl die Klima-Gespräche wie das Angebot «Kirchen für die Umwelt» werden weitergeführt. www.sehen-und-handeln.ch